

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., jährlich 12,00 M. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die mangelpollente Postzeit folgt 26 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 56 Sprechsprecher Amt Birkenwerder 2005 Freitag, den 6. April 1928 Postfachkonto: Berlin 62448. 27. Jahrg

Poincarés Anregung.

Sensationsmeldungen haben kurze Beine. So ist auch die Meldung des Pariser Korrespondenten der „New York Times“, wonach bereits ein vollständig ausgearbeiteter Sachverständigenentwurf zur Revision des Damessplanes vorliegen sollte, alsbald von einem Dementi erwidert worden. Das läßt sich aus New York melden: „In gut informierten Wallstreet-Kreisen erklärt man, daß die von dem Pariser Vertreter der „New York Times“ gemeldeten Einzelheiten über Verhandlungen, die zwischen den Unterzeichnern des Damessplanes im Hinblick auf eine endgültige Festlegung der deutschen Reparationschulden mit 32 Milliarden Goldmark im Gange sein sollen, jeder Grundlage entbehren.“

Dieses Dementi war vorzuziehen. Es muß als ganz ausgeschlossen gelten, daß Verhandlungen von solcher Tragweite so lange geheim bleiben können, bis ein fertiger Plan vorliegt. So hermetisch abgeschlossen ist die internationale Geheimdiplomatie doch nicht. Andererseits ist auch kaum anzunehmen, daß sich der Pariser Korrespondent der „New York Times“ den Plan mit allen seinen Einzelheiten aus den Fingern gesogen haben soll. Offenbar handelt es sich hier aber nur um eine private Arbeit, für die niemand die Verantwortung übernehmen will, und der man nur die Bedeutung eines Versuchsballes beimessen kann.

Ein Versuchsballon war offenbar aber auch die Rede Poincarés mit ihren geheimnisvollen Andeutungen; oder besser gesagt: eine Aufforderung an Deutschland und Amerika, Offerte zu machen. In diesem Sinne deutet auch der „Matin“, die Rede, wenn er schreibt: Wenn ein Finanzminister, der gleichzeitig Ministerpräsident sei, öffentlich erkläre, daß er eine allgemeine Regelung annehmen würde, so sei das eine Erklärung, die den Wunsch zeige, zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung der Welt beizutragen. Aber es sei klar, daß die Vorschläge entweder vom Kriegsschuldgläubiger kommen müßten, oder von dem Staat, der die Damessannuitäten auszuführen habe. Im übrigen weist auch der „Matin“ darauf hin, es sei gewiß, daß vor Beendigung der Wahlperiode in Amerika nichts in wirksamer Weise erörtert werden könne.

Auch die förmige Pariser Presse beschäftigt sich noch immer eingehend mit der Rede Poincarés. So schreibt „Journal“, es sei eigenartig, daß Poincaré geglaubt habe, den Ereignissen dadurch vorgehen zu sollen, daß er eine indirekte Aufforderung an Deutschland richtete. Sicher habe er das erst getan, nachdem er sich vergewissert habe, daß der von ihm angeregte Plan auch durchführbar sei. Für die Unterbringung der Damessobligationen befänden gegenwärtig günstigere Bedingungen als 1926. Man frage sich nur, was Deutschland bei dieser Kombination erhalten solle: die vorzeitige Räumung und neue finanzielle Vorschläge von Amerika? Um derartige Vorteile zu rechtfertigen, würde eine aufrichtige Grundlegung festlichen Willens, h. d. Wahlgelien, nicht genügen, sondern ein kategorischer Verzicht auf jeden Plan zur Revision der Verträge.

Diese letzten Ausführungen sind recht bezeichnend. Sie lassen immerhin erkennen, daß man auch in Paris begreift, daß Deutschland irgendwelche Vorteile davon haben muß, wenn es in die von Poincaré bestrichene Mobilisierung der Eisenbahngobligationen willigen soll. Schon in Hoytch war von Stresemann die Rheinlandräumung dafür gefordert worden. Das wäre immerhin ein Geschäft, über das sich reden ließe. Wenn aber das „Journal“ neue politische Verpflichtungen Deutschlands fordert, so muß dies mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Schon wiederholt ist deutscherseits erklärt worden, daß die frühere Räumung des Rheinlands nicht durch neue Bindungen Deutschlands erlaubt werden dürfe.

Die Rede Poincarés hat auch in Italien große Beachtung gefunden, und wie immer ist man in Rom schon wieder besorgt, daß irgend etwas in der Welt geschehen könnte, ohne daß Mussolini seinen Senf dazugibt. In diesem Sinne äußert sich „Lavoro d'Italia“ in einem Leitartikel. Das Blatt erkennt zunächst an, daß der Damessplan nur ein Provisorium sei, und daß Poincaré im Recht sei, wenn er Unterhandlungen über eine Neuregelung der Reparationen vorschläge. Das Blatt fährt dann fort: Wenn verlaute, daß die Rheinlandräumung gleichen Schritt halten müßte mit der Neuregelung der Reparationsfrage, so werde Italien hierzu seine Zustimmung erteilen, weil es überzeugt sei, daß die Reparationen und die Rheinlandräumung, diese zwei Leberleibsel aus dem Weltkrieg, so schnell wie möglich und endgültig abgetan werden müssen. Italien könne jedoch nicht zugeben, daß Frankreich und Deutschland in direkte Fühlung über diese Fragen treten und dabei England und Italien übergehen. Italiens und Englands Vertreter müßten vielmehr gleich von Beginn an bei allen offiziellen Beratungen zuzugegen sein. Endlich müßten die deut-

schen Reparationszahlungen vor allem dazu dienen, die Kriegsschuld zu bezahlen. Wenn darüber hinaus Millionen von Goldmark übrig bleiben würden, müßten sie je nach der Größe der Kriegsschäden unter die Siegermächte verteilt werden.

Wie man sieht, ist man schon wieder eifrig dabei, das Fell des Bären zu verteilen. Da muß Deutschland auf der Hut sein, daß man ihm das Fell nicht über die Ohren zieht.

Woldemaras über Königsberg.

Vitonen kündigt weitere Schadenersatzforderungen an. Nach seiner Rückkehr nach Kowno äußerte sich der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemaras gegenüber den Pressevertretern über den Verlauf und die Ergebnisse der Königsberger Konferenz.

Diese Konferenz, so führte er aus, sei nur als eine grundsätzliche Aussprache anzusehen darüber, was für die eine oder die andere Partei unannehmbar sei. Nur Grund ihrer Feststellungen würden die eingesetzten Kommissionen konkrete Vorschläge für die nächste Konferenz, die übrigens voraussichtlich wiederum in Königsberg stattfinden werde, vorzubereiten haben. Die Arbeiten der Kommissionen dürften einige Monate in Anspruch nehmen.

Ueber die litauischen Schadenersatzforderungen erklärte der Minister, daß sie nur einen Teil der Forderungen darstellten. Weitere Forderungen werde Vitonen noch aus bestimmten Zeitabschnitten vor und nach dem Jelgowski-Einfall der Abschlußkonferenz geltend machen. Diesmal habe Vitonen davon abgesehen, um die Verhandlungen nicht zu erschweren.

Zusammenfassend stellte Woldemaras fest, daß man endlich doch einen Schritt weitergekommen sei. Es sei gleich zu Beginn der Konferenz bekannt geworden, daß die polnische Delegation wieder abreisen würde, wenn die litauische Delegation den Fall Jelgowski zur Sprache bringen sollte. Dennoch hätten die Polen darüber, wie auch über den Vertrag von Suwalki, gesprochen.

Zum Schluß befähigte Woldemaras auf eine Anfrage, daß die deutsch-litauischen Handelsvertreterhandlungen am 16. April eröffnet werden würden.

Der deutsch-polnisch-russische Güterverkehr.

Wie die Reichsbahndirektion Breslau mitteilt, hat die deutsch-polnisch-russische Güterverkehrskonferenz, die vom 13. bis 26. März in Petersburg tagte, den Entwurf zum Exporttarif einstimmig angenommen. Auch über den direkten Gütertarif ergab die Konferenz in den grundsätzlichen Fragen im allgemeinen Übereinstimmung oder doch eine Annäherung der Standpunkte der am Verkehr beteiligten Verwaltungen. Die nächste Verbandskonferenz findet im Dezember in Lemberg statt. Bis dahin sollen die Vorarbeiten zu beiden Tarifen beschleunigt fortgesetzt werden, so daß ein endgültiger Beschluß über die Tarife gefaßt werden kann. Man rechnet mit deren Einführung in der ersten Hälfte des nächsten Jahres.

Seekt über den Zukunftskrieg.

Die Notwendigkeit des Luftschuges. Ueber den Krieg der Zukunft hielt Generaloberst v. Seekt in der Deutschen Gesellschaft von 1914 einen bemerkenswerten Vortrag. Er gab darin einen Ueberblick über den wahrscheinlichen Verlauf eines Zukunftskrieges; durch den Luftkrieg werde dieser eingeleitet werden, und nach Niederklämpfung der Luftstreitkräfte eines der beiden Gegner werde dann ein Luftangriff der streitbaren Partei gegen alle für die Mobilmachung wichtigen Erdziele erfolgen. Zugleich werden aber auch schon die sofort verfügbaren Kräfte, also die Friedensheere, eingesetzt, und dann werden allmählich die gesamten Verteidigungskräfte herangezogen, falls nicht schon im ersten Stadium einer der beiden Teile friedensbereit gemacht worden ist.

Jedes Volk, das endlich zu seiner Verteidigung entschlossen ist, bedarf einer Armee von hoher Beweglichkeit, wirksamer Bewaffnung und dauernden Kräfteersatz. Ein militärischer Ausbildungsplan muß die zur Verteidigung und Auffüllung benötigten Massen in kurze Heranbilden, deren vorbereitende Ausbildung in der Jugend unter staatlichem Zwang überall notwendig ist: der Massenbewaffnung müssen durch Feststellung des besten Typs der Waffen und durch Vorbereitung ihrer Anfertigung neue Wege gewiesen werden. So kann man zwar eine militärische Masse gewinnen, aber mit ihr siegen kann man nicht, nur den Gegner erschrecken. Immer würde ein solcher Massenersatz zur Erfahrung des Krieges führen, und es ist mehr denn je zweifelhaft, ob solche Heerheere im Sinne entscheidungsgewandter Strategie noch führbar sind. In dem Wettkampf zwischen Mensch und Material steht das

Material über die sterblichen Waffen, nicht aber über den lebendigen Menschengeist.

Seekt gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein sehr bewegliches, erklaffig bewaffnetes kleines Heer schon im ersten oder zweiten Akt einen Krieg siegreich entscheiden kann. In jedem Fall müßte aber die Sicherung der Lebenszentralen eines Landes gegen Luftangriffe gewährleistet sein. Der Vortragende bedauerte es daher, daß Deutschland in der Beziehung bisher nichts unternommen habe, umsoher, als uns der Weltkrieglicher Vertrag nur den passiven Luftschutz gelassen hat.

Dem Vortrag wohnte u. a. Reichswehrminister Groener mit zahlreichen Reichswehroffizieren bei.

Dr. Schlieps Bericht.

Das Befinden der deutschen Gefangenen in Kowno. Der vom deutschen Botschafter Graf Brodowski-Mankau nach Kowno am Don entsandte Legationssekretär Dr. Schliep hat die deutschen Gefangenen Maier, Otto und Badstieber im Gefängnis besucht und zehn Minuten mit ihnen sprechen dürfen. Er hat darüber einen Bericht an die deutsche Botschaft telegraphiert, der allerdings nur Mitteilungen über das Befinden der Gefangenen und ihre Behandlung im Gefängnis enthält.

Seit dem 15. März gibt die Unterbringung der Gefangenen keinen Anlaß zu Beschwerden, während sie vorher unangenehm war. Der Gesundheitszustand von Otto und Badstieber ist gut. Maier erklärte, am Sonnabend nach seiner Vernehmung einen Nervenzusammenbruch erlitten zu haben, so daß sein innerer Arm bewegungslos lag. Er fühle sich matt und liege den ganzen Tag. Maier, der 52 Jahre alt ist, erklärte, daß er früher niemals krank gewesen sei. Legationssekretär Dr. Schliep beantragte beim Untersuchungsrichter die sofortige ärztliche Untersuchung Maiers und seine Ueberführung ins Krankenhaus, und es wurde Dr. Schliep zugefagt, daß Maier zu diesem Zweck ärztlich untersucht werden sollte.

Die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Verhandlungstermin ist noch ungewiß. Trotz anderslautender Gerüchte dürfte die Verhandlung wie bei allen Mönster-Prozessen voraussichtlich in Minsk stattfinden.

Wahlinstruktionen in Preußen.

Eine Besprechung im Innenministerium. Am 3. April d. Js. fand im Preussischen Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministers Grafseck eine Besprechung statt, an der neben dem Ober- und Regierungspräsidenten leitende Beamte des Preussischen Ministeriums des Innern und der anderen preussischen Ressorts teilnahmen.

Minister Grafseck betonte in längerer Rede die Notwendigkeit, den Wählern einen ungehinderten Wahlkampf zu sichern. Er empfahl daher die Aufhebung von Verbots von Zeitungen und Vereinigungen. Andererseits hob der Minister die Notwendigkeit hervor, die Politik der Staatsregierung vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung sprach Ministerialrat Schütze vom Preussischen Ministerium des Innern über die notwendigen

Wahlvorbereitungen.

Die Wählerlisten werden vom 29. April bis 6. Mai 1928 auszuliegen sein. Nur in Gemeinden, in denen gleichzeitig mit den Reichs- und Landtagswahlen die Gemeindevahlen stattfinden, sei die Auslegungssfrist für den 15. April bis 28. April 1928 festgesetzt. Der Vortragende betonte, daß, um das Wahlergebnis zu gewährleisten, die Wahlbezirke nicht mit den Gutsbezirken zusammenfallen sollten, das Wahllokal dürfe möglichst nicht das Gutslokal sein. Der Referent machte dann noch Mitteilungen über den nachstehenden Parteien aufzuführen werde, darunter dann die anderen Wahlvorschläge. Es würden zwei Stimmzettel hergestellt, der für den Reichstag bestimmte in weißer und der für den Landtag bestimmte in rosa Farbe. Beide Stimmzettel werden in einen Umschlag getan.

Der Streit um die Sammelschulen.

Die Entscheidung des preussischen Kultusministers. Auf die Schreiben des Reichsverbandes Evangelischer Eltern- und Volksbünde vom 24. März und des Evangelischen Gesamt-Elternbundes Groß-Berlin vom 29. März d. Js. hat, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, das Kultusministerium im Anschluß an die mündlichen Verhandlungen vom 27. März und 3. April dem Reichsverband Evangelischer Eltern- und Volksbünde zu Händen des Reichsgeschäftsführers Pfarrer Foerich ein Schreiben zugehen lassen, in dem nach längerer Ausführungen über die Rechtslage ausgesprochen wird, daß der Minister die vom Provinzialschulkollegium getroffene Entscheidung nicht beaufstanden könne.